

GRIECHENLAND

Die Wirtschaft rutschte 2011 trotz der Erholung der Ausfuhren tiefer in die Rezession, da sich die umfangreiche, aber notwendige Haushaltskonsolidierung fortsetzte, die Inlandsnachfrage abstürzte und die Arbeitslosigkeit drastisch anstieg. Nach einer weiteren Kontraktion im Jahr 2012 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion 2013 unter dem Einfluss umfangreicher Strukturreformen, einer stärkeren Auslandsnachfrage, einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit sowie höherer Investitionen voraussichtlich zu steigen beginnen. Die hohen Kapazitätsüberhänge in der Wirtschaft und die hohe Arbeitslosigkeit werden den Preisauftrieb auf ein sehr niedriges Niveau drücken. Um die Glaubwürdigkeit zu erhöhen und sicherzustellen, dass die Staatsverschuldung dauerhaft sinkt, müssen die Haushaltskonsolidierung wie geplant fortgesetzt und die Strukturreformen entsprechend durchgeführt werden. Diese Projektionen sind mit erheblichen Risiken behaftet, die weiterhin überwiegend im negativen Bereich liegen.

Die Wirtschaft befindet sich weiter in einer schweren Rezession

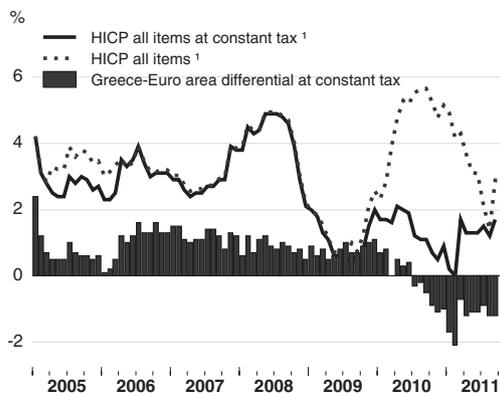
Die gesamtwirtschaftliche Produktion schrumpfte 2011 unter dem Einfluss des Zusammenbruchs der Inlandsnachfrage, sinkender Einkommen, sich verschlechternder Arbeitsmarktbedingungen sowie begrenzten Zugangs zu Krediten drastisch. Die Ausfuhren belebten sich dank des starken Tourismusgeschäfts sowie der sich allmählich verbessernden Wettbewerbsfähigkeit jedoch. Die Arbeitslosenquote ist rasch auf den höchsten Wert im OECD-Raum nach Spanien geklettert. Die inflationären Spannungen haben in dem Maße, wie sich die Inlandsnachfrage weiter abschwächte, nachgelassen, wobei die Gesamtinflation nach Bereinigung um Veränderungen bei den Steuern weiterhin deutlich unter dem Euroraumdurchschnitt liegt.

Es kommt entscheidend darauf an, die Verschuldung zurückzuführen

Nachdem 2010 wesentliche Fortschritte erzielt wurden, verlor der Konsolidierungsprozess 2011 an Fahrt. Das Haushaltsziel der Regierung wird auf Grund der über Erwarten tiefen Rezession und der langsamen Umsetzung einiger entscheidender struktureller Haushaltsreformen verfehlt werden. Mit dem Haushaltsentwurf 2012 wird unter Berücksichtigung des

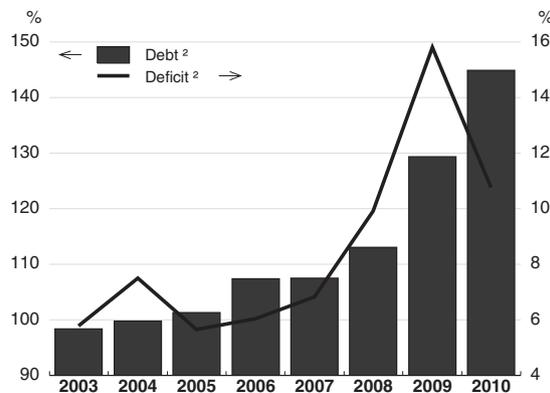
Greece

Inflation pressures weakened



1. Year-on-year percentage change.
 2. General government deficit and debt (Maastricht definition).
- Source: OECD, OECD Economic Outlook 90 database and Eurostat.

Large fiscal imbalances remain
% of GDP



StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932541037>

Greece: Demand, output and prices

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
	Current prices € billion	Percentage changes, volume (2005 prices)				
GDP at market prices	232.9	-3.2	-3.5	-6.1	-3.0	0.5
Private consumption	169.1	-1.3	-3.6	-5.3	-5.2	-0.8
Government consumption	42.2	4.8	-7.2	-8.0	-6.6	-5.1
Gross fixed capital formation	51.6	-15.2	-15.0	-16.1	-5.5	0.9
Final domestic demand	262.9	-3.1	-6.2	-7.5	-5.5	-1.3
Stockbuilding ^{1,2}	3.6	-1.4	1.7	-1.6	0.0	0.0
Total domestic demand	266.5	-4.4	-5.0	-9.2	-5.8	-1.3
Exports of goods and services	56.2	-19.5	4.2	7.9	6.5	7.1
Imports of goods and services	89.8	-20.2	-7.2	-14.3	-5.7	0.2
Net exports ¹	-33.6	3.0	3.1	6.1	3.2	1.9
<i>Memorandum items</i>						
GDP deflator	–	2.8	1.7	2.3	1.6	0.9
Harmonised index of consumer prices	–	1.3	4.7	3.0	1.1	0.2
Private consumption deflator	–	0.7	4.5	0.1	1.1	0.2
Unemployment rate	–	9.5	12.5	16.6	18.5	18.7
General government financial balance ³	–	-15.8	-10.8	-9.0	-7.0	-5.3
General government gross debt ³	–	133.5	149.1	165.1	181.2	183.9
General government debt, Maastricht definition ⁴	–	129.3	144.9	160.9	177.1	179.7
Current account balance ⁴	–	-11.1	-10.1	-8.6	-6.3	-5.4

1. Contributions to changes in real GDP (percentage of real GDP in previous year), actual amount in the first column.

2. Including statistical discrepancy.

3. National Accounts basis, as a percentage of GDP.

4. On settlement basis, as a percentage of GDP.

Source: OECD Economic Outlook 90 database.

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888932542538>

am 26. Oktober 2011 auf europäischer Ebene vereinbarten Pakets, einschließlich der Abschreibung der Staatsschulden seitens der privaten Gläubiger in Höhe von 50%, ein revidiertes Defizitziel von 9% des BIP im Jahr 2011 und von 5,4% des BIP im Jahr 2012 angestrebt. Im Haushaltsentwurf, der die mit dem IWF und der EU vereinbarten Verpflichtungen enthält, ist zum ersten Mal seit vielen Jahren ein Überschuss im Primärhaushalt vorgesehen. Die OECD-Projektion geht von einem Defizit in Höhe von 9% des BIP im Jahr 2011 und von 7% des BIP im Jahr 2012 aus, das 2013 auf 5¼% des BIP sinken dürfte. Dies bedeutet, dass die Schuldenquote weiter steigen wird. Die vorliegende Projektion basiert jedoch auf einer niedrigeren Wachstumsannahme und lässt die Abschreibungsmaßnahmen in Bezug auf die Schulden im Rahmen des im Oktober vereinbarten Pakets in Ermangelung konkreter Informationen über die Einzelheiten unberücksichtigt. Die Umsetzung der im Oktober getroffenen Vereinbarung, das Festhalten an den Haushaltskonsolidierungsbemühungen sowie Reformen zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sind daher erforderlich für eine günstigere Schuldendynamik. Die vorläufigen Schätzungen der OECD lassen darauf schließen, dass die Umsetzung der in der Vereinbarung vom Oktober enthaltenen Beteiligung des privaten Sektors (50%iger Haircut und Bankenrekapitalisierung) die Schuldenquote um rd. 35% verringern könnte, so dass die Verschuldung bis 2020 auf nahe bei 120% des BIP sinken würde, wenn das Anpassungsprogramm auf Kurs bleibt.

Die Wirtschaft dürfte allmählich aus der Rezession herauskommen

Die Wirtschaft wird den Projektionen zufolge 2012 weiter schrumpfen, was hauptsächlich auf die Belastung durch die Haushaltskonsolidierung zurückzuführen ist. 2013 würde das Wachstum dann – beflügelt durch eine Belebung der Investitionen und der Exporte unter dem Einfluss der wettbewerbssteigernden Strukturreformen, der anziehenden Auslandsnachfrage und der zunehmenden Absorption der Finanzierungsmittel aus dem EU-Strukturfonds – wieder einsetzen. Die Inflation wird im Projektionszeitraum in Anbetracht der starken Kapazitätsüberhänge in der Wirtschaft und der hohen Arbeitslosigkeit voraussichtlich auf null sinken. Das Leistungsbilanzdefizit wird sich 2013 voraussichtlich auf rd. 5½% des BIP verringern.

Die Projektionen sind mit erheblichen Abwärtsrisiken behaftet

Jedes Nachlassen der Entschlossenheit der Behörden, das Konsolidierungsprogramm vollständig umzusetzen, würde das Risiko der Zahlungsunfähigkeit erhöhen. Die Fähigkeit der Regierung zur Umsetzung von Reformen wird derzeit durch die verschärften sozialen Unruhen geprüft. Die begrenzte Fähigkeit des Bankensektors, das Wachstum zu fördern, stellt ein zusätzliches Risiko für den Ausblick dar. Das Wachstum könnte durch eine bedeutende Abschwächung an den Exportmärkten weiter gefährdet werden.

Politikorientierungen, falls Abwärtsrisiken eintreten

Die OECD hat im Rahmen ihrer Strategischen Antwort mehrere besonders wichtige makroökonomische Politikmaßnahmen sowie eine Reihe von Strukturreformen identifiziert, deren Umsetzung zwar in jedem Fall wünschenswert ist, zur Steigerung des Wachstums aber unerlässlich wäre, falls solche Abwärtsrisiken eintreten sollten.

- Die umfangreiche Haushaltskonsolidierung, die erforderlich ist, um einen weiteren Anstieg der hohen Schuldenquote zu stoppen und umzukehren, lässt keinen Spielraum für eine Lockerung der Fiskalpolitik oder auch nur das Wirken der automatischen Stabilisatoren in Griechenland. Um die Haushaltsziele unter ungünstigeren Bedingungen aufrechtzuerhalten, wäre die Reduzierung überflüssiger Ausgaben für das Wachstum weniger schädlich als weitere Steueranhebungen.
- Ein besserer Haushaltsrahmen ist von wesentlicher Bedeutung, um die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu erreichen und das Vertrauen wiederherzustellen. Die Überwachung des Haushalts muss verbessert werden, und die Fiskalmaßnahmen müssen mittelfristig systematisch geprüft werden. Zudem ist es wichtig, sicherzustellen, dass die jüngst eingerichtete parlamentarische Haushaltsbehörde mit hinreichender Unabhängigkeit sowie ausreichenden Ressourcen ausgestattet wird, um ihre Aufgaben zu erfüllen, deren Schwerpunkt zum großen Teil auf der Beurteilung der Haushaltsprojektionen der Regierung und der Überwachung der Haushaltsergebnisse liegt.
- Voraussetzung für die Haushaltskonsolidierung sind nennenswerte Fortschritte im Hinblick auf die Effizienz des Steuereinzugs. Die Steuerhinterziehung sollte entschieden bekämpft werden, um das Vertrauen wiederherzustellen und die öffentliche Akzeptanz der laufenden Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung zu erhöhen. Die wirkungsvolle Strafverfolgung von Steuerhinterziehern und die Durchsetzung

abschreckender Strafen könnten zusammen mit der verstärkten Nutzung von Quittungen, mit denen für den Zugang zu bestimmten Dienstleistungen die Steuerdisziplin bescheinigt wird, eine entscheidende Rolle spielen.

- Die rasche Umsetzung der Liberalisierung der reglementierten Berufe würde das Wachstum durch die Eröffnung neuer Marktchancen und die Stärkung des Wettbewerbs relativ prompt steigern. Darüber hinaus erleichtert eine solche Reform durch Verringerung der ökonomischen Renten finanziell gut gestellter Interessengruppen eine gerechte Verteilung der Wachstumsgewinne auf alle Gruppen.
- Sollte sich die gegenwärtige Krise als tiefer erweisen als erwartet, sollten gefährdete Gruppen durch gezielte Interventionen sowie wirksamere Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik geschützt werden.
- Die Bereitstellung von Liquidität für die Wirtschaft ist für die Erholung von entscheidender Bedeutung, insbesondere dann, wenn die Abwärtsrisiken des Worst-Case-Szenarios eintreten. Über die potenzielle Unterstützung der Rekapitalisierung der griechischen Banken auf EU-Ebene durch die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSSF) hinaus sollten die Entscheidungsträger und Aktionäre die Option von Partnerschaften oder Fusionen mit ausländischen Banken prüfen, während die Behörden davon absehen sollten, protektionistische Maßnahmen zu ergreifen.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2011 Issue 2

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2011-2-en

Please cite this chapter as:

OECD (2011), "Griechenland", in *OECD Economic Outlook, Volume 2011 Issue 2*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2011-2-19-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.